Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 64 (1984)
Heft: 3

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kommentare

Opposition in der Schweiz

Die sozialdemokratische Regierungsbeteiligung – gestern und heute

Welchen weiteren Verlauf die Auseinandersetzung um den Rückzug der Sozialdemokraten aus dem Bundesrat noch nehmen mag, das Thema der sozialdemokratischen Opposition in unserem Staat ist damit nicht vom Tisch. Es ist auch keineswegs neu. Immer wieder ist es aus der Requisitenkammer parteipolitischer Aktionsmöglichkeiten hervorgeholt worden. Der Anlass wechselt. Immer liegt dem Anlauf zu einer Rückkehr in die offene Opposition eine von den Auffassungen der bürgerlichen Regierungspartner abweichende Konzeption von den Aufgaben des Staates zugrunde. Diese wird aus der eidgenössischen Politik nicht ausgemerzt werden können, was keineswegs heissen soll, dass nicht trotzdem die sozialdemokratische Regierungsbeteiligung für eine erfolgversprechende Führung der Staatsgeschäfte besser ist als ein Politisieren aus Stellungen heraus, aus denen sich die Parteien gegenseitig mit Argumenten beschiessen, die den Bürger verunsichern und seinem Staat entfremden müssen.

Vorgeschichten

Die sozialdemokratische Beteiligung am Bundesrat hat eine wechselvolle Geschichte. Als Ausgangspunkt mögen die Ausführungen des ehemaligen Chefredaktors der «Basler Nachrichten» und Nationalrates Peter Dürrenmatt dienen, die dieser in «Sonderfall oder Endstation – Die Schweiz im sozialistischen Zeitalter» festgehalten hat.

Die schon bald nach Beginn der liberalen Regeneration von 1830/31 entstandene schweizerische Arbeiterbewegung hatte, wie es schon ihre Benennung als «Grütli-Bewegung» ausdrückt, ursprünglich einen ausgesprochen schweizerischen Charakter. Sie war ausschliesslich auf das Ziel der materiellen Besserstellung der Arbeiterschaft ausgerichtet, die sich angesichts der Ausnützung der neuen Industriearbeiterklasse im Zeitalter einer stürmischen Industrialisierung aufdrängte. Sie hat bei einsichtigen Unternehmern bald einiges Verständnis gefunden. Die ideologisch inspirierten sozialistischen Strömungen begannen sich in unsern Verhältnissen erst gegen Ende des Jahrhunderts und hernach im aufwühlenden Zusammenhang mit den durch den Ersten Weltkrieg verschärften Problemen bemerkbar zu machen. Ihre ersten Träger waren eingewanderte deutsche Arbeiter.

Wie ging es weiter? Ein kritischer Höhepunkt der Auseinandersetzung mit unserem Staat war der Generalstreik von 1918, als die Lohnabhängigen, deren Löhne der rasanten Teuerung nicht angepasst wurden und die auch mangels einer Lohnersatzordnung während der verdienstlosen Aktivdienstzeit in echte Not geraten waren. Parallel zu ihrem Aufstand gegen

das «Bürgertum» war eine armeefeindliche Bewegung festzustellen, die mit dem Ruf «Nie wieder Krieg» die Schaffung einer besseren Welt auf ihre Fahnen geschrieben hatte. Damals begannen in engem Zusammenhang mit der russischen Revolution auch kommunistische Einflüsse in der schweizerischen Arbeiterbewegung eine Rolle zu spielen. Die inneren Auseinandersetzungen mit der internationalistischen Partei sollten die schweizerische Sozialdemokratie an den Rand einer Spaltung treiben. Unter den Anzeichen der äusseren Bedrohung durch den in unserem nördlichen Nachbarland aufkommenden Nationalsozialismus hat sie jedoch rechtzeitig den Weg zurück zu einer schweizerischen Landespartei gefunden, die sich im Bewusstsein der Zusammengehörigkeit schliesslich auch an der verantwortungsbewussten Führung der Landesregierung beteiligen wollte.

Das erste Begehren auf Eintritt in den Bundesrat wurde schon in den kritischen Jahren der aufziehenden Weltwirtschaftskrise gestellt. Als im Dezember 1929 nach dem Tod von Bundesrat Karl Scheurer und dem gleichzeitigen Rücktritt von Bundesrat Robert Haab zwei freisinnige Sitze neu zu besetzen waren, meldeten die Sozialdemokraten, die inzwischen dank der Einführung der Proporzwahlen im Nationalrat eine den Regierungsparteien des Freisinns und der Katholisch-Konservativen nahekommende Vertretungszahl erreicht und auch im Ständerat Einsitz genommen hatten, ihre Ansprüche an. Mit dem Zürcher Ständerat und Stadtpräsident Emil Klöti hatten sie eine Kandidatur von Format in Bereitschaft. Ohne Erfolg: Der traditionelle Zürcher Sitz wurde wieder mit dem Freisinnigen Albert Meyer besetzt. Der Berner Sitz ging an den Führer der vom Freisinn abgespaltenen Bauernbewegung Rudolf Minger.

Auch der zweite Anlauf mit dem gleichen Kandidaten, der 1938 nach dem Rücktritt Meyers unternommen worden war, wurde abgeschlagen. Klöti unterlag diesmal Meyers Parteifreund Ernst Wetter. Wiederum hatten die Zweifel der bürgerlichen Mehrheit der Bundesversammlung an der Loyalität der Sozialdemokraten und auch ein enger Parteistandpunkt den Ausschlag zuungunsten des bis weit in die bürgerlichen Reihen hochgeschätzten Emil Klöti gegeben.

Der Durchbruch von 1943

Erst fünf Jahre später kam der Durchbruch: Als Wetter in der Dezembersession 1943 demissionierte, wurde an seiner Stelle der Urberner Ernst Nobs, der auch das Zürcher Bürgerrecht besass und Klöti inzwischen als Präsident der grössten Schweizer Stadt abgelöst hatte, zum ersten sozialdemokratischen Bundesrat erkoren. Die Loslösung der Sozialdemokraten vom proletarisch-klassenkämpferischen Sozialismus und das unter den bedrohlichen äussern Ereignissen allgemeine Zusammenrücken hatten den Boden für den bedeutsamen Schritt vorbereitet. Gegenüber den noch immer vorhandenen Bedenken, die durch programmatische soziale Begehren und taktischen Anspruch auf eine gleichberechtigte Zweiervertretung des neuen Regierungspartners genährt worden waren, gewann der «Aktivdienstgeist» schliesslich die Oberhand.

Die historische Bedeutung jener Wahl wird im Buch von Eugen Teucher «Unsere Bundesräte» unter Zitierung der folgenden sozialdemokratischen Pressestimmen wieder vergegenwärtigt!

«Der Eintritt eines Sozialdemokraten in den Bundesrat zählt zu den historischen Tatsachen. In unseren staatspolitisch eher konservativen Verhältnissen bedeutet sie die *definitive Einbeziehung der Sozialdemokraten in die Regierungsparteien, ist also nicht ein vorübergehendes Faktum,* wie es in den parlamentarisch regierten Staaten möglich und üblich war, wo sich in kurzer Zeit neue Mehrheiten, neue Regierungen und entsprechend auswechselbare Männer und Parteien ablösen. *Man darf ruhig sagen, dass der 15. Dezember 1943 einen neuen Abschnitt unserer politischen Geschichte einleitet,* noch bedeutungsvoller als der Tag, da der Freisinn sich herbeiliess, in den bisher homogen freisinnigen Bundesrat einen Konservativen aufzunehmen (1891). Damals trat zu der bürgerlichen Partei eine andere bürgerliche, die in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Auffassung nur in unwesentlichen Punkten abwich. *Heute zieht nun ein Sozialist in den Bundesrat ein mit grundsätzlich andern Konzeptionen von Staat und Wirtschaft und ihrer gegenseitigen Abgrenzung . . .*» (Kursivdruck von der Redaktion.)

Hypotheken, Irrtümer und Erfolge

Dieser Passus aus den Anfängen der sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung dürfte deutlich machen, wo deren Schwierigkeiten liegen. Der weitere Geschichtsablauf macht die eingegangene Hypothek unverkennbar, deren Gewicht sich immer wieder in heiklen Situationen bemerkbar macht.

Zunächst ist festzustellen, dass die Wahl von Ernst Nobs sich als glücklich erwiesen hat. Wer diesen aufrichtigen Sozialdemokraten in seiner Regierungstätigkeit zu beobachten Gelegenheit hatte, lernte nicht nur seine Person, sondern auch sein Bemühen um ehrlich vermittelnde Lösungen schätzen. Als Nobs auf Ende des Jahres 1951 nach Vollendung des 65. Altersjahres zurücktrat, durfte er aus allen Lagern des Parlaments Dank und Anerkennung für das Geleistete entgegennehmen. Und das, obwohl ihm seine Regierungskollegen die für einen Sozialdemokraten besonders belastenden Finanzen zur Verwaltung übertragen hatten. Der «Bürgerblock» kann deswegen nicht von der Mitverantwortung an spätern unerfreulichen Folgen freigesprochen werden.

1951 war gleichzeitig mit dem Zürcher Sozialdemokraten der amtsmüde und wegen seiner Flüchtlingspolitik in schwieriger Zeit viel kritisierte Berner BGB-Vertreter Eduard von Steiger zu ersetzen. Die Ersetzung des Berner Patriziers durch den dem bäuerlichen Charakter seiner Stammpartei nicht ausgesprochen nahestehenden Markus Feldmann, Justizdirektor und früherer Chefredaktor der «Berner Zeitung», blieb unbestritten. Für die Nachfolge von Nobs war von den Sozialdemokraten der ebenfalls in der Bundesstadt lebende, aber in Basel wirkende Max Weber – ursprünglich Zürcher – vorgeschlagen worden. Mit seiner Wahl tat sich die Wahlbehörde schwerer. Wurde im Zusammenhang mit der Kandidatur Uchtenhagen von einem «Kesseltreiben» gesprochen – Max

Weber musste sich ganz andern Angriffen aussetzen. Doch schliesslich setzte sich die Erkenntnis durch, dass diese integre Persönlichkeit, die sich schon früh von einer radikalen Vergangenheit losgesagt und für die vorbehaltlose Integration der Arbeiterpartei in unseren Staat eingesetzt hatte, ihre Jugendsünden längst durch «Tatbeweis» abgebüsst hatte.

Auch Professor Weber wurde wie sein Vorgänger zur Führung des Finanzdepartements «verurteilt», was sich in diesem Fall verhängnisvoll erweisen sollte. Zwar hat Max Weber ebenfalls loyal seine Aufgabe angegangen und die fällige Bundesfinanzreform in überparteilicher Weise vorbereitet. Trotzdem musste er am Abend der Volksabstimmung vom 6. Dezember 1953 deren Scheitern zur Kenntnis nehmen. Unsachlich war von gegnerischen Kreisen sein Werk als «Lex Weber» diffamiert worden. Er hat daraus die persönliche Konsequenz gezogen, sein Amt niederzulegen. Das verursachte grosses Aufsehen, war doch eine derartige Konsequenz nicht schweizerische Übung. Erst zweimal hatten vor ihm Bundesräte ihrer Enttäuschung über eine vor dem Volk erlittene Niederlage mit einem derartigen Entschluss Ausdruck gegeben: 1891 Emil Welti nach dem Scheitern der ersten Vorlage auf Verstaatlichung der Schweizer Bahnen und 1934 Bundesrat Häberlin nach dem zweiten «Echec» einer Staatsschutzvorlage.

Doch die Folgen, die sich aus Webers Demission ergaben, waren schwerwiegenderer Natur. Wie heute, da die Nichtwahl von Lilian Uchtenhagen von der sozialdemokratischen Parteiführung als Anlass zu einer Demonstration genommen wurde, ist sogleich der Rückzug der Partei aus der Regierungsverantwortung angekündet worden. Und er wurde mit viel Geräusch auch tatsächlich vollzogen, bis ein halbes Dutzend Jahre später die mit gütigem Beistand der Katholisch-Konservativen, denen die freisinnige Vorherrschaft längst ein Dorn im Auge gewesen, zustandegekommene Geburt des Proporzbundesrates den Wiedereinzug – und zwar den postulierten Einzug mit zwei Mitgliedern – in die Landesregierung ermöglichte. Unglückliches Taktieren der Freisinnigen in den Jahren des sozialdemokratischen Beiseitestehens bei Ersatzwahlen hatte diese Lösung erleichtert und das Experiment mit der Rückkehr in die Opposition schliesslich doch noch zum erhofften «Gesundbad» werden lassen.

Es kam zu einer nicht mehr unterbrochenen Mitwirkung sozialdemokratischer Bundesräte in unserer Landesregierung während eines Vierteljahrhunderts, vom Zweigespann Spühler/Tschudi über die Ablösungen Graber, Ritschard und Aubert bis hin zur eben begonnenen «Ära Stich». Auch wenn die Auswahl der jeweiligen Kandidaten durch die Bundesversammlung nicht in jedem Fall den Beifall der vorschlagsberechtigten Fraktion gefunden hatte und mit Willi Ritschard nochmals ein Finanzminister-Experiment gewagt wurde, haben die sozialdemokratischen Bundesräte eine nicht minder fruchtbare Tätigkeit zu entfalten vermocht, als das ihren bürgerlichen Kollegen beschieden war.

Max Webers warnende Stimme

Es sei indessen dieser Überblick nicht abgeschlossen, ohne an die Worte zu

erinnern, die Max Weber zur Begründung seiner Demission am 16. Dezember 1953 anlässlich einer öffentlichen Versammlung im Berner Volkshaus ausgesprochen hat.

Einleitend hat der Demissionär klargestellt, dass er nicht aus Verärgerung gehe. In seiner langen politischen Kampfzeit sei er gegen persönliche Verunglimpfungen unempfindlich geworden. Ebenso deutlich hob Max Weber hervor, was seine Nachfolger allesamt bestätigten: dass Meinungsverschiedenheiten stets durch Verständigung auf eine mittlere Lösung überbrückt und loyal als Mehrheitsentscheid auch nach aussen vertreten wurden. Von seltenen Ausnahmen abgesehen, habe es im Kollegium der Sieben kaum parteipolitische Scheidungen gegeben; nie hätten sich festgefahrene Meinungen gebildet. Das sei von ihm als wohltuender Gegensatz zu den Auseinandersetzungen in den Räten und noch mehr in der politischen Presse empfunden worden. So hätte er auch keinen Anlass gehabt, nach dem Scheitern der Finanzordnung, die ein Gemeinschaftswerk gewesen sei, seinen Rücktritt zu nehmen.

Als er sich jedoch überlegt habe, was nun weiter geschehen solle, sei er zum Schluss gelangt, dass alles, was künftig von seiner Seite vorgeschlagen werde, grösstem Misstrauen und einer verschärften Kritik begegnen werde. Ferner habe er sich überlegen müssen, ob ein Projekt, das er selber für ungerecht und nicht annehmbar halten würde, von ihm vor Räten und Volk noch vertreten werden könnte. Da habe er sich sagen müssen: «Nein, das kann ich nicht, das kann auch niemand von mir verlangen. Ich käme in eine unmögliche Situation.»

Natürlich hätte es noch einen anderen Weg gegeben: Departementswechsel. Das wäre aber, wenn er einen solchen verlangt hätte, eine Art Ultimatum gewesen. Selbst wenn ihm der Wechsel von seinen Kollegen angeboten oder dem Bundesrat von aussen nahegelegt worden wäre, hätte er dieses Angebot nicht annehmen können: «Ich habe das Finanzdepartement unter vollem Einsatz meiner Kräfte verwaltet, so gut ich konnte. Man kann mir nichts vorwerfen, höchstens, dass es manchmal etwas rasch ging, was offenbar gegenüber der Verwaltung ein besonders schwerwiegender Vorwurf ist!» Er hätte die Versetzung in ein anderes Departement als Degradierung empfunden.

Abschliessend betonte der Demissionär, dass er seinen Entschluss, ohne sich mit einer Parteiinstanz zu besprechen, allein gefasst habe. Nach seiner persönlichen Auffassung hätte sein Ausscheiden nicht zur Unterbrechung der sozialdemokratischen Beteiligung an der Landesregierung führen müssen. Der Parteivorstand habe anders entschieden und habe wohl auf Grund der Welle, die durch das Land ging, keinen andern Beschluss fassen können. Es sei das eine spontane Reaktion auf das Gefühl gewesen, «dass es auf diese Weise nicht weitergehen kann». Und er fügte hinzu, dass alle jene, die glauben sollten, mit einem von Sozialdemokraten gereinigten Bundesrat könnte der Karren umgekehrt werden, sich einer Täuschung hingäben: Dieser würde bald im Graben liegen. «Eine rein ‚bürgerliche' Politik – deren Definition ja erst noch gefunden werden müsste – wird in Zukunft so wenig möglich sein wie im letzten Jahrzehnt; denn wenn das versucht werden sollte,

so müsste das scharfe Kämpfe heraufbeschwören, aber jede konstruktive Politik verunmöglichen.»

Veränderte Fronten ...

Kehren wir nach diesem Exkurs zu Dürrenmatts Überlegungen zurück, die sich mit der Unverträglichkeit einer sozialistischen Ideologie, so wie sie heute in führenden Parteikreisen gepflegt wird, mit unserem Staat befassen. Dürrenmatt arbeitet den Unterschied dieser neosozialistischen Ideologie zu den Auffassungen eines Max Webers heraus, der wohl ein Intellektueller, aber sicher kein Ideologe war. Er weist darauf hin, dass im Unterschied zum Sozialismus des 19. Jahrhunderts, der seine Wurzeln in der Realität der Lebensschwierigkeiten der Arbeiterklasse hatte, der jetzt aufkommende Hang zu einem «integralen Sozialismus» als Resultat eines theoretischen sozialistischen Denkens erkannt werden müsse, das aus einer Abwehrhaltung gegenüber den elementaren Ängsten vor existentiellen Bedrohungen der Menschheit resultiert, wie sie auch vor unserm Land nicht haltmachen.

So sei die einstige Arbeiterbewegung mit ihren konkreten Zielen einer materiellen Besserstellung benachteiligter Schichten mehr und mehr zu einem Sammelbecken von Söhnen aus bürgerlichem bis grossbürgerlichem Milieu geworden, die sich gegen die von ihren Vätern betriebene «Profitwirtschaft» auflehnen und unbekümmert um die Folgen, welche das von ihnen postulierte «Nullwachstum» für die Erfüllung der materiellen Forderungen der Arbeiterschaft haben müsste, im Grunde eine gegen die Interessen der ursprünglichen Anhängerschaft verstossende Politik betrieben. Logischerweise resultiere daraus auch die Ablehnung der aufbauenden Arbeit der alten Garde der Sozialdemokraten, welche die Partei zu einer Bundesratspartei gemacht und sie auch in den Kantonen in die politische Verantwortung geführt haben. Noch gibt es in der Partei die für diese Einfügung in Staat und Gesellschaft massgebenden Repräsentanten der Gewerkschaftsbewegung, aber ihnen drohe das Überholtwerden durch eine im Grunde «heimatlose Linke», die dafür kein Verständnis mehr hat.

... im Konflikt mit unserem Regierungssystem

Die Geschichte der sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung lässt begreifen, dass sich die im Gefolge der letzten Bundesratswahl aufgetretenen Differenzen nicht von ungefähr eingestellt haben. Die Entwicklungen haben diese nur deutlicher gemacht, wobei der Umstand, dass das Verdikt der Wahlbehörde zum erstenmal eine Frau getroffen hat, die Emotionen geschürt und das grössere Echo hervorgerufen haben dürfte. An den Konstanten der Konfliktursachen hat sich jedoch nichts geändert. Diese liegen in den besonderen Bedingungen unseres Regierungssystems.

An dieser Stelle sind die Besonderheiten bei früherer Gelegenheit schon dargelegt worden. So sind im Juliheft 1979 im Anschluss an das Scheitern einer Neuordnung der Bundesfinanzen in der Volksabstimmung vom 20. Mai gleichen Jahres – immer wieder diese

Finanzordnungen als Stolperstein! – unter dem Titel «Herausforderung der Konkordanz» einige Feststellungen gemacht worden, die immer noch gelten.

Damals wurde die Tatsache hervorgehoben, dass in unserem Staat im Unterschied zu Staaten mit einem parlamentarischen Regierungssystem, in dem Regierungspartei und Opposition sich in klarer, sich auf die Mehrheitsverhältnisse in den Parlamenten abstützenden Frontstellung gegenüberstehen und Änderungen sogleich auch zum Austausch der verbrauchten Regierungsequipe führen, Regierungen eine von solchen Wechselfällen unabhängige Stellung haben.

Vor allem hat in unserer «direkten Demokratie», in welcher der Wähler zwar ebenfalls in festgelegten Intervallen die Zusammensetzung der Volks- und Ständevertretungen bestimmt und somit deren Mehrheitsverhältnisse festlegt, das Volk ein zusätzliches Mitspracherecht: es entscheidet als letzte Instanz auch über alle wichtigen Sachfragen in direkter Abstimmung. Das obligatorische Referendum für alle Verfassungsänderungen, das fakultative Referendum gegenüber ihm missfallenden, vom Parlament verabschiedeten Gesetzesvorlagen, das zusätzliche Recht, sogar über das Parlament hinweg die Initiative zu Ergänzungen der Verfassung ergreifen zu können und schliesslich ein Referendum gegen bedeutsame Staatsverträge wie den UNO-Beitritt – sie haben zur Folge, dass den Beschlüssen der gesetzgebenden Behörden in unserem Staat eine nur relative Bedeutung zukommt. Der Souverän kann, wenn es ihm beliebt, selber die Zügel in die Hand nehmen und bestimmen, was hierzulande rechtens sein soll. Deshalb wurde unser System schon als Regierungssystem bezeichnet, in dem die Oppositionsrolle aus dem Parlament gelöst direkt dem Volk übertragen worden ist. Dieses macht denn auch allen Ermüdungserscheinungen zum Trotz, zu denen hier nicht näher in Erinnerung zu rufende Entwicklungen geführt haben, immer dann davon Gebrauch, wenn ihm das Anziehen der Bremsen angebracht erscheint.

Trotzdem: der Grundkonsens bleibt von Bedeutung

Es möchte also erscheinen, dass nicht so entscheidend ist, was bei uns in Parlament und Regierung passiert. Dieser Schluss wäre jedoch verfehlt: Für den «normalen Ablauf» der Geschäfte, die geregelt werden müssen, um den Staat funktionsfähig zu erhalten, die nötigen Vorkehren gegen Gefährdungen der Volkswohlfahrt und zur Sicherung des Staates gegen äussere Bedrohungen zu garantieren, bleibt eine konstante Regierungspolitik von grösster Bedeutung. Sie soll eben dadurch gewährleistet werden, dass unter den Parteien, welche die Verantwortung dafür übernehmen, ein «Grundkonsens» hergestellt wird.

Seit der Hereinnahme der Sozialdemokratie in die Regierungsverantwortung sind diesbezüglich immer wieder ernsthafte Schwierigkeiten entstanden. Nicht im Regierungskollegium. Das hat der Rückblick auf die Geschichte der sozialdemokratischen Bundesratsbeteiligung wohl hinreichend unter Beweis gestellt. Aber im Parlament führt die «Profilierungsneurose» der Partei, die mit ihrem

Eintritt in eine Regierung, in der die bürgerlichen Parteien die Mehrheit haben, ideologische Opfer in Kauf nehmen musste, regelmässig – heute vermehrt – zu kritischen Auseinandersetzungen. Die «Vernunftehe» wurde von bürgerlicher Seite aus der Erkenntnis heraus vollzogen, dass in unserem Land nicht auf die Dauer gegen eine grosse Landespartei regiert werden kann, wenn Vorlagen des Parlaments die Klippe des Volksvetos überspringen sollen. Die Sozialdemokraten ihrerseits hatten die berechtigte Erwartung, dass in dieser Verbindung auf die Ausgestaltung der gleichen Vorlagen im massgeblichen Vorbereitungsstadium wirksamer Einfluss genommen werden kann als von aussen. Die Vernunftehe hatte schon manche Krisen zu überstehen.

Sie hat die Probe immer wieder bestanden. Das Verdienst daran haben einsichtige Persönlichkeiten an massgebender Stelle, die in schwierigen Stunden auf die Verständigung hingearbeitet haben. Es gibt zwar ebenfalls besondere Instrumente auf Regierungs- und auf Parlamentsebene, die eigens darauf angelegt worden sind, die Konkordanz am Leben zu erhalten: Der Bundesrat legt seit 1968 regelmässig seine «Richtlinien zur Regierungspolitik» vor, die neuerdings durch einen ebenfalls auf die jeweilige Legislaturperiode bemessenen Finanzplan ergänzt werden. Die Regierungsparteien haben mit den erstmals für die Vierjahresperiode 1971/1975 aufgestellten «Legislaturzielen» nachgezogen. Ihre Zusammenarbeitswilligkeit wird zusätzlich durch vierteljährliche «Regierungsparteiengespräche» unterstrichen.

Diese Institutionen haben sich aber allesamt als wenig wirksam erwiesen. Sie leiden am Mangel, dass weder die eine noch die andere Einrichtung den Anspruch erheben kann, verbindlich zu sein. Die Regierungsrichtlinien sind mehr oder weniger zu einer Wunschliste degeneriert, in der die Anliegen registriert werden, die während der Legislatur verwirklicht werden sollten, wo aber zu wenig selektiv Prioritäten gesetzt werden. Massgeblicher ist der Finanzplan, der die Grenzen der Realisierbarkeit aufzeigt. Die Legislaturprogramme haben sich in einem unfruchtbaren Streit um unüberbrückbare Meinungsverschiedenheiten nach der ersten Begeisterung rasch totgelaufen; sie haben höchstens in Nebenpunkten zu einer Einigung geführt. Und den Gesprächen der Regierungsparteien wird vorgeworfen, dass sie – so ein jüngster Ausspruch von SVP-Generalsekretär Max Friedli – zu einem Ritual erstarrt seien, das primär der «Kultivierung der gegenseitigen politischen Frustration» diene.

Neue Bedingungen für die Zusammenarbeit?

Der Hauptmangel jeglicher Institutionalisierung liegt indessen in dem Umstand, dass die in der Verantwortung stehenden Partner, selbst wenn sie sich kooperationsbereit erweisen sollten, einen Faktor nur schwer beeinflussen können: den Widerstand ihrer eigenen Anhängerschaft. Schon die kantonalen Parteisektionen – und zwar in allen Parteien – gehen oft ihre eigenen Wege. Und letztlich sagt das Volk unverblümt seine Meinung zu Arrangements, mit denen es nicht einverstanden ist.

So ist das in der breitangelegten Auseinandersetzung um den Regierungsaustritt der Sozialdemokraten laut gewordene Begehren, Bedingungen ihrer Partei für die künftige Zusammenarbeit müssten von den bürgerlichen Partnern akzeptiert werden, eine schon im Ansatz verfehlte Strategie, müsste doch ihre Verwirklichung bedeuten, dass ein stärkerer Linkskurs einzuschlagen wäre. Dass das nicht in eine politische Landschaft passt, in der sich die Anzeichen für ein Anstossen an die Grenzen der Staatseinflüsse mehren, ist evident: Man wird in den nächsten Jahren kaum viel mehr von der «helfenden Hand» des Staates erwarten können, als diese in guten Jahren wirtschaftlichen Wohlergehens freigebig gewährt hatte.

Die Erwartung materieller Besserstellungen ist utopisch, wenn der schon überladene Karren nicht umkippen soll. Gewiss gibt es Probleme, deren Lösung ernsthafter als bisher in Angriff genommen werden muss. Sie sind aber, so wenig sie gruppenegoistischen Wünschen entgegenkommen dürften, auch kaum in einer radikalen Umgestaltung unserer Gesellschaft fündig zu machen, wie sie von der neuen rot-grünen Allianz angestrebt wird. Dafür wäre die bei aller Unzufriedenheit revolutionären Umwälzungen abholde Gefolgschaft des in seiner Grundhaltung konservativ gebliebenen Schweizervolkes nicht zu gewinnen.

Daher sind Spekulationen auf die Vorzüge einer «profilierteren Opposition» ebenso unfruchtbar wie auf bessere Belohnung der Regierungstreue gesetzte Erwartungen. Es dürfte so oder anders mit der einfachen Erkenntnis sein Bewenden haben, dass das gemeinsame Werken die bestmögliche Aussicht bietet, die nächste Zukunft zu meistern. Das Vorbringen phantasievollerer Postulate mögen die «Grossen» getrost den Aussenseiterparteien überlassen, die damit, ohne zugleich alles auf den Kopf zu stellen, ihre Funktion des Anregens erfüllen.

Arnold Fisch

Zwischen Hekabe und Antigone

Griechenlands Bürgerkriegszeit – eine schwere Hypothek

Der Name Gorgopotamos hat in Hellas seit Jahrzehnten symbolhafte Bedeutung. Er ist der Inbegriff der überparteilichen nationalen Résistance gegen die Nazis. In der Nacht vom 25. auf den 26. November 1942 wurde die Gorgopotamos-Eisenbahnbrücke bei Lamia von vereinigten Partisaneneinheiten radikal entgegengesetzter ideologisch-politischer Richtungen angegriffen und zerstört, nämlich von prokommunistischen ELAS-Guerillas und von rechtsgerichteten EDES-Antartes (Aufständischen). Das Unternehmen war von einer britischen Kommandoeinheit organisiert, die am 1. Oktober 1942 unter Brigadier Edmund Charles Wolf Myers über Griechenland abgesprungen war. Die militärische Relevanz des Widerstandsaktes steht ausser Zweifel, obschon die Zerstörung der Brücke für

die Verhinderung des deutschen Afrikanachschubs zu spät kam. Noch grösser war jedoch die psychologische und politische Tragweite des Gorgopotamos-Unternehmens. Der Erfolg ermutigte die Widerstandskämpfer.

Dieses Unternehmen blieb allerdings im Grunde der erste und letzte aktive Ausdruck des nationalen Konsensus im Widerstand gegen die Okkupation. War die Zusammenarbeit der sich misstrauisch, ja sogar feindlich gegenüberstehenden Partisanengruppen bei diesem einen Unternehmen durch Vermittlung der Briten ohnehin nur mühsam zustandegekommen, so zeigte sich schon gleich nach dem Gorgopotamos-Erfolg die Gespaltenheit des griechischen Widerstands. Die Kooperation zwischen ELAS und EDES wurde nicht fortgesetzt, und im Laufe der Zeit degenerierte die Résistance immer mehr zu einem bürgerkriegsähnlichen machtpolitischen Antagonismus zwischen «linken» und «nationaldenkenden» Widerstandskämpfern. Der KP Griechenlands (KKE) gelang es, die vor allem im Anfangsstadium, aber auch später von viel Idealismus inspirierte Nationale Befreiungsfront (EAM), eine vorzüglich organisierte Massenbewegung, als deren Armee die ELAS fungierte, faktisch unter ihre Kontrolle zu bringen. Die kommunistische Führung verband die Résistance mit dem – meistens kaschierten – Ziel, Hellas in eine «Volksdemokratie» zu verwandeln. Ein Teil der «Nationaldenkenden» wiederum vermochte nicht immer zwischen «Antikommunismus» und Kollaboration mit dem Feind zu unterscheiden.

Von der Résistance zum Bürgerkrieg

Die Geschichte der hellenischen Résistance war zu turbulent und vielschichtig, um auf einen Nenner gebracht und auch in wenigen Sätzen qualifiziert werden zu können[1]. Sie ist ein tragisches Mosaik, zu dessen wichtigsten Steinchen Heroismus und moralische Erhabenheit, aber leider auch machtpolitisches Kalkül, schwerwiegende Fehler aller Akteure und grausamer Brudermord gehören. In diesem Sinne haben die blutigen Ereignisse des griechischen Bürgerkriegs (1946–1949) ihre Wurzel schon in der Periode der deutschen Okkupation (1941–1944). Diese Kontinuität kommt auch in der – naturgemäss schematischen – Terminologie der beiden Lager zum Ausdruck. Die «Nationaldenkenden» sprechen im Zusammenhang mit dem Streben der KKE nach Machtergreifung von «drei Runden»: die EAM-Résistance war die «erste», der «rote Dezember», das heisst der blutige Zusammenstoss der ELAS-Partisanen mit den britischen Streitkräften in Athen im Dezember 1944, die «zweite» und der «Banditenkrieg» (so nennen die «Nationaldenkenden» den eigentlichen Bürgerkrieg zum Teil heute noch) die «dritte Runde». Die Kommunisten und auch etliche «Progressive» andererseits sehen den «antiimperialistischen Widerstand» gegen die Briten (1944) und dann gegen den «Monarchofaschismus und die Amerikaner» (1946–1949) als eine «Fortsetzung der Résistance gegen die Nazis».

Gerade diese je nach dem politischen Standpunkt jeweils anders

interpretierte Verflechtung der Ereignisse der Kriegs- und Nachkriegszeit erklärt, warum die Résistance in Hellas vom griechischen Staat erst mit grosser Verspätung vollumfänglich anerkannt werden konnte. Es gehört zu den positiven Leistungen der Regierung Papandreou, dass sie dies getan hat, und ebenfalls positiv ist der Umstand zu würdigen, dass jener Teil der rechtsoppositionellen Nea Dimokratia, der sich gewöhnlich als *droite éclairée* versteht, diesen Schritt der Regierung der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (Pasok) ausdrücklich oder unausgesprochen gutheisst. Die Führung der Rechtsopposition lieferte zwar anlässlich der Behandlung des Résistance-Erlasses durch das Parlament ein unglückliches Gefecht, entsandte aber dann zur letztjährigen Gorgopotamos-Gedenkfeier einen offiziellen Vertreter. Die Anerkennung der Résistance durch die Pasok-Regierung kommt all jenen idealistischen Widerstandskämpfern zugute, die wegen der EAM/ELAS-Exzesse während der deutschen Okkupation beziehungsweise wegen der turbulenten Ereignisse im Dezember 1944 und während des Bürgerkrieges von pauschal urteilenden und fanatisierten Vertretern des «nationalen Lagers» zu Unrecht zu «Verrätern» oder doch zu «Bürgern zweiter Klasse» gestempelt worden waren. Insofern trägt der Pasok-Erlass zur Bewältigung der Vergangenheit bei.

Unbewältigte Vergangenheit

Ganz bewältigt ist die Résistance-Vergangenheit allerdings noch immer nicht, und in höherem Ausmass gilt dies auch hinsichtlich der eigentlichen Bürgerkriegszeit (1946–1949). Das erwähnte unglückliche Gefecht der Führung der Nea Dimokratia gegen den Résistance-Erlass der Pasok war sicherlich nicht der politischen Weisheit letzter Schluss, doch spiegelte es ein Klima wider, das die Haltung mancher «Nationaldenkenden» («Ethnikofrones») heute noch prägt. Diese «Ethnikofrones» wollen oder können die von roten Partisanen während der Résistance begangenen Untaten, zum Beispiel die Ermordung des republikanischen und freiheitlich-demokratischen Führers der Widerstandsorganisation EKKA, Dimitrios Psarros[2], nicht vergessen, und noch weniger verzeihen sie der KKE, dass sie in den Jahren 1946–1949 durch die sogenannte Demokratische Armee Griechenlands (DSE) mit massiver Unterstützung aus den Ostblockstaaten versuchte, ein kommunistisches Regime in Hellas zu errichten. Gewiss, die Haltung der «Ethnikofrones» besagter Prägung ist mit vielen Emotionen verknüpft, welche eine unbefangene Betrachtung der Vergangenheit verbauen. Schwerwiegende Fehler, Unterlassungen, auch Unmenschlichkeit im eigenen Lager werden dabei ausser acht gelassen, die Schuld wird immer und ausschliesslich den «kommunistischen Banditen» zugeschoben. Doch zumindest ein Argument der Kritiker der KKE-Politik lässt sich nicht widerlegen: Wäre es nach den Wünschen der KKE-Führung gegangen, so hätte Griechenland heute kein freiheitlich-demokratisches Regime im westlichen Sinne[3].

Die Stichhaltigkeit dieser Über-

legung bedeutet aber nicht, dass jener Teil des griechischen Rechtslagers politisch klug handelt, der sich einer Bewältigung der Vergangenheit entgegensetzt. Einmal muss ein «historischer Schlussstrich» gezogen werden, mag es noch so schwer fallen. Die Anerkennung der Réstistance durch die Regierung Papandreou, die, was die Substanz der Dinge anbelangt, vor allem eine Rehabilitierung des linken Widerstandes war – die (echten und zum Teil leider auch unechten) «nationaldenkenden» Widerstandskämpfer waren nach der Befreiung ja sogleich salonfähig –, beruht auf einer Zäsur: Zeitliche Grenze der Résistance-Aktivität ist nach der betreffenden Konstruktion die Beendigung der Nazi-Okkupation in Hellas. Was danach geschah, fällt nicht mehr unter den Begriff des nationalen Widerstands. Die Aktivität der ELAS-Einheiten im Dezember 1944 in Athen gegen die Briten gehört somit nicht zur Résistance, und das gleiche gilt natürlich auch für die Tätigkeit der DSE in den Jahren 1946–1949. Diese Zäsur ist insofern problematisch, und das war ein wichtiges Argument, das die Führung der Nea Dimokratia im Parlament vorbrachte, als somit die gesamte Aktivität der EAM/ELAS während der Okkupation einschliesslich der begangenen Untaten als nationaler Widerstand anerkannt wurde. Die erwähnte Pauschalierung, welche zum ethisch unannehmbaren Schluss führt, dass nebst dem ermordeten Psarros auch seine Mörder als Résistance-Kämpfer anerkannt werden, ist zweifellos stossend. Doch eine andere Regelung, etwa die Anerkennung der Eigenschaft des Résistance-Kämpfers von Fall zu Fall, wäre kaum praktikabel. Der Veteran des griechischen konservativen Lagers, Panajotis Kanellopoulos, der in die Ereignisse der Kriegszeit in Griechenland guten Einblick hatte, nahm deshalb im Parlament anlässlich der betreffenden Debatte für den Regierungserlass Stellung, was ihm den Zorn manches «Nationaldenkenden» einbrachte. Kanellopoulos wollte durch sein Votum nicht zuletzt auch im Sinne des Gorgopotamos-Geistes handeln.

«Eleni»

Die Bemühungen nüchtern denkender Griechen um eine Überwindung der Emotionen werden allerdings durch gewisse höchst bedenkliche Praktiken der Kommunisten und des linken Pasok-Flügels arg durchkreuzt. Diese Praktiken laufen auf eine vorbehaltlose, den historischen Tatsachen widersprechende Glorifizierung der Aktivität der Linken während der Kriegs- und Nachkriegsjahre hinaus. Diese betriebene Geschichtsklitterung hat den geborenen Griechen und naturalisierten Amerikaner Nicholas Gage (Nikos Gatzojannis) unter anderem bewogen, sein Buch «Eleni»[4] zu schreiben, das in den USA 1983 zum Bestseller wurde und nun dabei ist, ein Welterfolg zu werden. Als er 1977 als Korrespondent der «New York Times» Hellas besucht habe, erzählt Gatzojannis im ersten Kapitel seines Buches, habe er feststellen müssen, dass die kommunistischen Guerillas des Bürgerkriegs unisono als Helden gefeiert würden. Man würde meinen, fügt Gatzojannis hinzu, dass die begabtesten Leute Griechenlands dabei seien, die Ge-

schichte des Bürgerkriegs neu zu schreiben. Die Erschiessungen von Bürgern oder die Entführungen von kleinen Kindern durch die Partisanen würden dabei einfach geleugnet.

Der Autor der «Eleni» schildert das an eine altgriechische Tragödie erinnernde Schicksal einer Einwohnerin der nordgriechischen Bauerngemeinde Lia. Die Hauptgestalt dieses modernen hellenischen Dramas heisst Eleni Gatzojanni. Eleni war die Mutter Nikos Gatzojannis! Sie wurde am 28. August 1948 zusammen mit zwölf anderen «Verrätern» von den Partisanen erschossen. Der Erschiessung ging ein «Prozess» im Stil der kommunistischen «Volksjustiz» voraus; an der Spitze des «Volksgerichts» stand ein kommunistischer Funktionär namens Katis.

Die «Schuld» Elenis bestand darin, dass sie dem «Pädomazoma»-Plan der KKE-Führung nicht Folge leistete. Wörtlich übersetzt heisst das hellenische Wort «Pädomazoma» «Einsammeln von Kindern». Dahinter steckt jedoch eine der schrecklichsten Tragödien im Nachkriegseuropa. Nach der offiziellen KKE-Darstellung handelte es sich beim «Pädomazoma» um eine «aus Sicherheitsgründen» erforderliche «Evakuierung» der Kinder zwischen 3 und 14 Jahren aus den DSE-beherrschten Gebieten, zu denen auch das in der Nähe der albanischen Grenze liegende Dorf Lia gehörte. Die ihren Eltern entrissenen Kinder sollten in die Ostblockländer «in Sicherheit» gebracht werden. Eleni Gatzojanni, eine unpolitische Frau, die sich bis dahin dem Partisanenregime nicht widersetzt hatte, organisierte mit Hilfe eines Cousins die Flucht einer Gruppe von Dörflern ins gouvernementale Lager. Zur Gruppe gehörten auch vier ihrer Kinder, unter ihnen Nikos. Sie selber und eine ihrer Töchter, Glykeria, mussten im Partisanenlager zurückbleiben, da sie kurz vor dem Fluchttermin zum obligatorischen Ernteeinsatz einberufen worden waren.

Da Elenis Mann seit Jahren in den Vereinigten Staaten lebte, sahen die Kommunisten in Nikos' Mutter die «Amerikanerin» des Dorfes, was bei ihrer Verurteilung durch das «Volksgericht» eine Rolle spielte. Zwar gehört der Vater Gatzojannis zu jenen griechischen Auswanderern, auf deren trauriges Los in der Fremde sich linke Soziologen und Schriftsteller Griechenlands oft berufen, wenn es darum geht, die «Schwächen der sozioökonomischen Strukturen des Landes» zu unterstreichen. Doch die DSE-«Richter» machten aus dem armen hellenischen Auswanderer einen «amerikanischen Kapitalisten», einen Mann, dessen Land mit den «griechischen Monarchofaschisten» verbündet sei und gegen die «demokratischen Kräfte» Griechenlands Stellung beziehe. Nach ihrer Flucht reisten die vier Kinder Elenis dem Wunsch ihrer Mutter gemäss zu ihrem Vater nach Amerika. Später – nach Beendigung der Turbulenzen des Bürgerkriegs – kam auch Glykeria nach. Alle fünf Kinder waren endlich in Sicherheit. Nikos war neunjährig, als er Griechenland verliess. In Amerika machte er später Karriere als Journalist und Schriftsteller. Doch die Erinnerung an das tragische Schicksal seiner Mutter liess ihn nicht los. Er war vom «mnesipemon ponos» (Äschylos), vom an das Unglück erinnernden Schmerz gequält.

Verzicht auf Sühne

Als Gatzojannis im Jahre 1977 als Korrespondent der «New York Times» nach Griechenland kam, war er entschlossen, die Mörder seiner Mutter ausfindig zu machen. Er begann die Umstände des Todes Elenis in allen Einzelheiten zu ergründen. Viele der Beteiligten waren inzwischen gestorben. Zwei Jahre später, also 1979, starb im Exil dann auch Kostas Kolijannis, einer der bekanntesten Führer der kommunistischen Bewegung im Griechenland jener Zeit, den Gatzojannis für den Hauptverantwortlichen für die Erschiessungsbefehle in der Region von Lia hält. «Gerichtspräsident» Katis war jedoch noch am Leben. «Wenn Kolijannis», schreibt Gatzojannis, «mein Hitler war, so war Katis dessen Eichmann.» Katis, mit wirklichem Namen Achilleas Lykas, früher Friedensrichter, später kommunistischer Funktionär, wurde von Gatzojannis in der nordgriechischen Stadt Konitsa ausfindig gemacht. Dort suchte Gatzojannis seinen «Eichmann» auf, entschlossen, ihn zu töten. Doch der Gedanke, was dann aus den Kindern Katis' würde, hielt ihn zurück. Gatzojannis suchte den «Richter» seiner Mutter später nochmals auf, in einer Ferienwohnung in Igoumenitsa, aber auch dieses Mal führte er seinen Racheplan nicht aus. «Die Gelegenheit, ihn zu töten, war perfekt, aber ich konnte es nicht tun. Am Ende meiner Reise erkannte ich, dass ich dazu gar nicht entschlossen war.»

Gatzojannis' Verzicht auf Rache war – zuerst möglicherweise noch unbewusst, aber dennoch motivationskräftig – die Wahl zwischen Hekabe und Antigone. Hekabes Name ist Symbol für masslose Rache. Antigone hingegen ruft in der Tragödie von Sophokles Kreon, der sie zum Tode verurteilt hat, emphatisch zu: «Nicht um zu hassen, bin ich geboren worden, sondern um zu lieben!» Im letzten, erschütterndsten Kapitel seines Buches schreibt Gatzojannis, dass seine Mutter den Mut gehabt habe, sich dem Tod zu stellen, weil sie nichts von Rache und Hass gehalten habe. In diesem Sinne sei Eleni dem Beispiel Antigones und nicht Hekabes gefolgt. Diese Erkenntnis habe ihn letztlich bewogen, den Plan der Rache an Katis aufzugeben. «Um Katis zu töten, hätte ich die Liebe in mir ersticken müssen», die Liebe, von der sich Eleni Gatzojanni ein Leben lang leiten liess. «Die notwendige Mobilisierung des Hasses, um Katis zu töten, hätte die Brücke zwischen mir und meiner Mutter in die Luft gesprengt, und sie hätte jene Seite von mir, in der ich meiner Mutter am ähnlichsten bin, vernichtet.»

Schon dieser Schluss, der eigentlich dem Untertitel der englischen Originalausgabe «A Son's Revenge» widerspricht, macht deutlich, dass «Eleni» keineswegs ein Buch des «antikommunistischen Revanchismus» ist, wie es in Griechenland sicher viele (miss)verstehen werden: die «Nationaldenkenden» im zustimmenden, die «Progressiven» im ablehnenden Sinn. Abgesehen davon, dass eine derartige (Dis)qualifikation dem hohen literarischen Wert des Buches (ausländische Rezensenten vergleichen Gatzojannis' Erzählkunst mit derjenigen Hemingways) nicht gerecht würde, ist «Eleni» auch ein zeitgeschichtliches Dokument, dessen

Wahrheitsgehalt auf minutiösen Recherchen des Autors beruht und für dessen Genauigkeit gute Kenner der betreffenden Periode der Geschichte Griechenlands wie C. M. Woodhouse bürgen. Gatzojannis betreibt keine Schwarzweissmalerei. Er schildert den «Savage War», wie es im Untertitel der englischen Originalausgabe heisst, angesichts seiner persönlichen Involviertheit mit bemerkenswerter Objektivität. Er unterschlägt weder das heroisch-kämpferische Element in der Haltung mancher Partisanen noch die Grausamkeiten des anderen Lagers. Er geht einem hohlen ideologisch-politischen Pathos aus dem Wege und lässt die Ereignisse sprechen. Gerade dadurch wird sein Buch zu einem überzeugenden Plädoyer für jene Menschenwürde, die seitens roter oder brauner Totalitarismus-Dogmatiker unter Anrufung «hoher Ideale» mit Füssen getreten wird.

Gegen Glorifizierung und Dämonisierung

Bedenkt man, dass die bereits erwähnte kritiklose Glorifizierung der Aktivitäten der Kommunisten während der Kriegs- und Nachkriegsjahre in Griechenland zur Zeit ein hohes Ausmass angenommen hat und vor allem bei jungen Leuten eine bedenkliche geistige Verwirrung stiftet, erkennt man unschwer die politische Bedeutung des «Eleni»-Buches, in dem am Schicksal der Hauptheldin zu Recht nicht nur der eigentliche Bürgerkrieg (1946–1949) geschildert wird, sondern auch dessen Ursprung in der deutschen Okkupation. Die an und für sich zu Recht erfolgte offizielle Anerkennung der Résistance wird seitens der KKE und der Pasok-Linksdogmatiker dazu benützt, im Zuge der Dämonisierung der «verdammten Rechten» vergessen zu machen, dass ohne den – zugegebenermassen mit mancher Erscheinung unkluger und unmenschlicher Intoleranz verbundenen – Widerstand der gegen den roten Totalitarismus eingestellten politischen Kräfte des Landes Griechenland heute eine kommunistische «Volksrepublik» wäre. Zwar räumen nicht wenige Linksintellektuelle, so zum Beispiel der eurokommunistisch eingestellte Historiker Nikos Svoronos[5] ein, dass die Résistance-Bewegung während der deutschen Okkupation «Fehler und Exzesse» begangen habe und dass über die Beweggründe und die Ziele der KKE während des Bürgerkriegs Unklarheit bestehe. Derartige kritische Bemerkungen gehen aber in der Welle der Glorifizierung unter, zumal sie äusserst vorsichtig und verklausuliert formuliert sind.

Geschichtsklitterung

KKE-Ideologen und Pasok-Linksdogmatiker stellen sich auf den Standpunkt, der Hass der Vergangenheit müsse nun endlich begraben werden, und an seine Stelle habe die nationale Eintracht (die Omopsychia der Nation) zu treten. Dieses vernünftige Postulat wird aber mit einer Geschichtsklitterung verknüpft, welche es zu seinem Gegenteil macht. Aus Antigone wird Hekabe, eine die Andersdenkenden dämonisierende rote Nemesis. Ideologische Verblendung führt nicht selten zu grotesken Erscheinun-

gen. Ein Exponent der Pasok, der Partei Andreas Papandreous, dessen Vater Georgios die Praktiken der Kommunisten während und nach der deutschen Okkupation scharf zu kritisieren pflegte, versuchte es seinerzeit durchzusetzen, dass in den Büroräumlichkeiten der «Bewegung» nicht das Bild des grossen Liberalen Eleftherios Venizelos, sondern dasjenige des umstrittenen roten Partisanenführers Aris Velouchiotis aufgehängt wurde. Solche Phänomene riefen natürlich bei den «Nationaldenkenden» – zu denen gehört der Pasok-Dissident Dimitris Chondrokoukis – entsprechende Reaktionen hervor. So schwankt Hellas gutgemeinten Bemühungen um Überwindung des Hasses und um Stärkung des so oft angerufenen Gorgopotamos-Geistes zum Trotz nach wie vor zwischen Hekabe und Antigone. «In diesem Land», war im deutschen Magazin «Der Spiegel» unlängst im Rahmen einer Würdigung des «Eleni»-Buches zu lesen[6], «in dem es spielt, wurde es zunächst ignoriert. Griechenland hat seinen Bürgerkrieg längst noch nicht bewältigt. Die Griechen verdrängen lieber das grausige Geschehen so wie die Franzosen ihre Kollaboration mit den Nazis und ihre Rache an den Kollaborateuren, wie die Österreicher ihre Nazi-Vergangenheit. Erst nach dem grossen Echo in Amerika brachte ein Athener Verlag im Dezember eine griechische Ausgabe heraus. Griechenlands KP hatte – vergebens – versucht, den Übersetzer Alexandros Kotzias, einen bekannten Schriftsteller, von der Übertragung abzuhalten.»

Pavlos Tzermias

[1] Vgl. etwa E. C. W. Myers, The Greek Entanglement, London 1955; C. M. Woodhouse, Apple of Discord, A Survey of Recent Greek Politics in their International Setting, London 1948; A. Kedros, La Résistance Grecque 1940–1944, Paris 1966; L. S. Stavrianos, The Greek National Liberation Front (EAM), A Study in Resistance Organization and Administration, in Journal of Modern History Nr. 24, 1952, S. 42–55. Weitere Literaturangaben bei Pavlos Tzermias, in Ruetz/Tzermias, Land der Griechen, Zürich und München 1981. – [2] In der «linken» Historiographie neigt man dazu, die Ermordung Psarros' als einen der «Reaktion» dienenden «Einzelfall» hinzustellen. So schreibt z. B. Heinz Richter, Griechenland zwischen Revolution und Konterrevolution (1936–1946), Frankfurt am Main 1973, S. 426: «Der Mord an Psarros war das Werk eines Fanatikers, seine Tat nützte der britischen Politik und verhinderte endgültig die Vereinigung der Résistance.» Richter geht somit an der Tatsache vorbei, dass der Fanatiker der «Logik» der Monopolisierung des Widerstands durch die EAM/ELAS folgte. – [3] Zur kommunistischen «zweiten Runde» vgl. etwa J. O. Iatrides, Revolt in Athens, The Greek Communist «Second Round», 1944–1945, Princeton 1972. Zum Bürgerkrieg siehe etwa E. Averoff, Fotia ke Tsekuri! («Feuer und Axt!»), Athen 1974 (Darstellung unter «rechter» Optik) und T. Vournas, Geschichte des modernen Griechenland, Der Bürgerkrieg, Athen 1981 (griechisch) (Darstellung unter «linker» Optik, aber kritisch). Ferner E. Dominique, Les Capetanios, Paris 1970; E. O'Ballance, The Greek Civil War 1944–1949, London 1966. – [4] Nicholas Gage, Eleni, A Savage War, A Mother's Love, und A Son's Revenge: A Personal Story, Random House, New York (1983). – [5] Nikos Svoronos, Überblick über die neugriechische Geschichte, 2. A., Athen 1976 (griechisch), S. 140 und S. 144. – [6] Der Spiegel vom 9. 1. 1984, S. 102 ff.